



Detlef Kornmüller * Oppelner Str. 40 * 50389 Wesseling

Staatskanzlei NRW
Herrn Ministerpräsident Armin Laschet
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

ORTSVEREINSVORSTAND

Detlef Kornmüller
Oppelner Str. 40
50389 Wesseling
02236/44 959

Email: detlef_kornmueller@web.de

Wesseling, 18.02.2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die SPD-Wesseling fordert eine Änderung des § 8 des NRW- Kommunalabgabengesetzes, so dass für die Erneuerung beziehungsweise Verbesserung von öffentlichen Straßen **keine Straßenausbaubeiträge** mehr erhoben werden.

Begründung:

Das Thema Straßenausbaubeiträge ist ein stetiges Ärgernis für viele Bürger. So ist in Wesseling, wie auch in anderen Kommunen in NRW, immer öfter zu beobachten, dass Anlieger auf die Barrikaden gehen, weil sie oft fünf- oder gar sechsstellige Summen für Straßenausbaumaßnahmen zahlen sollen oder müssen.

Für viele bedeutet dies eine existenzgefährdende Belastung bzw. den wirtschaftlichen Ruin, da sie schlichtweg nicht in der Lage sind, derart hohe Kosten aufzubringen. Wenn das Einkommen oder die Rente nur gering sind, sind auch Kredite nur schwer zu bekommen. Seitens der Beitragspflichtigen wird angeführt, dass die meisten Anliegerstraßen nicht ausschließlich von den Anliegern selber, sondern in erheblichem Umfang auch von der Allgemeinheit mit in Anspruch genommen werden. Durch die Erneuerung und Verbesserung der gemeindlichen Straßen ist kein erheblicher Sondervorteil für die angrenzenden Grundstückseigentümer zu sehen. Die Nutzung der Straßen erfolgt durch die Allgemeinheit und ist nicht auf die Anlieger beschränkt. Somit entspricht die derzeitige gesetzliche Regelung nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Deshalb ist es erforderlich, die Ermächtigungsgrundlage ersatzlos zu streichen und die Anlieger von Straßenausbaubeiträgen freizustellen, wie dies auch in anderen Bundesländern wie beispielsweise Baden-Württemberg bereits praktiziert wird.

Wie fordern, dass Kosten für den Straßenausbau insgesamt aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge führt ferner dazu, dass jeglicher Ausbau von vornherein unter sachlichen Erwägungen und unter Beachtung technischer Regelwerke angegangen werden kann. Unfruchtbare Diskussionen mit dem Bürger über gewünschte sog. „Billigstlösungen“ (wie z.B. Forderungen zum vollständigen Verzicht auf Gehwege oder Grünanpflanzungen) würden sodann künftig entfallen.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Kornmüller
Vorsitzender SPD-OV-Wesseling